

Rieser Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Verlagsamt
Tagesblatt Rieser
Graz Nr. 22.
Postfach Nr. 22.

Das Rieser Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großgörs, des Amtsgerichts und der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht Rieser, des Rates der Stadt Rieser, des Finanzamts Rieser und des Hauptzollamts Meichen behördlicherseits bestimmtes Blatt.

Verlagsamt
Graz Nr. 22.
Postfach Nr. 22.

Nr. 258.

Dienstag, 29. Oktober 1929, abends.

82. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Zustellung. Für die Nummer des Ausgabestages sind 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für den Abnehmer des Tagesblattes (6 Blätter) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Restamegelle 100 Gold-Pfennige; zeitraubende und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag. Beste Tarife, Anzeigen an der Hand. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Verleger oder der Vertriebsanstalten — hat der Bezahler keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Rieser. Geschäftsstelle: Gortelstraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Rieser; für Anzeigen: Wilhelm Dittich, Rieser.

Zum Tode des Fürsten v. Bülow.

Herr Fürst Bernhard v. Bülow, der am Montag früh nach langem heftigen Todeskampf in Rom gestorben ist, wurde am 3. Mai 1849 in Klein-Flottbeck bei Hamburg geboren, hat also ein Alter von 80 Jahren erreicht. Er entstammte einem alten, seit 700 Jahren in Mecklenburg ansässigen Geschlecht. Sein Vater, der 1879 verordnete Bernhard v. Bülow, war unter Bismarck Staatssekretär des Auswärtigen Amtes und preussischer Staatsminister; die Mutter, Gräfin v. Bülow, entstammte einer Hamburger Patrizierfamilie. Fürst v. Bülow studierte in Lausanne, Berlin und Leipzig die Rechte und nahm am Kriege 1870/71 als Offizier bei den Donnerhusaren teil. 1878 trat er in den diplomatischen Dienst; er war in Rom, Petersburg, Wien, Wien und Paris tätig. 1888 wurde er Gesandter in Bukarest, 1898 Botschafter in Rom und 1897 Staatssekretär des Auswärtigen Amtes und Preussischer Staatsminister.

Schon als Staatssekretär des Auswärtigen Amtes zeigte Fürst v. Bülow, der übrigens erst 1906 in den Fürstentum erhoben worden ist, große diplomatische Gewandtheit und ein gewandtes parlamentarisches Auftreten. Er war ein Meister der Rede, wenn auch, wie Eugen Richter einmal von ihm sagte, seine Reden mehr eine Art oratorisches Brillantfeuerwerk waren. Im Augenblick der Rede aber verstand es Fürst Bülow, seine Zuhörer voll gefangen zu nehmen.

Am 17. Oktober 1900 wurde Fürst Bülow als Nachfolger des alten Hohenhausen zum Reichskanzler und Preuss. Ministerpräsidenten ernannt. Zunächst waren Kaiser Wilhelm und Fürst Bülow in Bezug auf die innere und äußere Politik vollkommen einig. In der auswärtigen Politik war schon damals eine Hauptfrage das Verhältnis zu England; Fürst Bülow war in England nicht beliebt, namentlich seitdem er im Reichstag einmal Äußerungen des alten Bismarck gegenüber gemacht hatte, der sich französische Anklagen gegen die deutsche Armee aus dem Jahre 1870 zu eigen gemacht hatte. „Lacht ihn reden, er belst auf Granit“, sagte damals Fürst Bülow. Im Parlament stellte sich der Reichskanzler Fürst Bülow wiederholt schärfend vor die Person des Kaisers, wenn dieser durch seine Reden und sein sonstiges Auftreten in der Öffentlichkeit die Kreise der deutschen Politik in Verwirrung gebracht hatte. Schließlich aber kam es auch zwischen dem Fürsten Bülow und Kaiser Wilhelm zu Mißverständnissen. Den Hauptanlaß dazu gab das bekannte Interview Kaiser Wilhelms mit einem Vertreter des Daily Telegraph, das sich auf den Burenkrieg bezog. Kaiser Wilhelm hatte damals dem englischen Journalisten mitgeteilt, daß er seinerzeit einen Feldzugsplan für den Burenkrieg nach London geschickt hätte. Im Reichstag fanden im November 1908 erregte Debatten über diese Angelegenheit statt. Fürst Bülow hatte alle Hände voll zu tun, um den Kaiser zu beden, dessen Verhalten selbst bei den Konservativen Beforgnis erregt hatte.

Schließlich rang Fürst Bülow dem Kaiser das Versprechen ab, daß dieser nicht mehr derartig ostentativ in der Öffentlichkeit auftreten würde. Er machte davon dem Reichstag Mitteilung, und der Reichstag gab sich zufrieden. Seit dieser Zeit datierte eine enge Verständigung zwischen Kaiser und Fürst Bülow. Fürst Bülow hatte im Jahre 1907 das politische Kunststück fertig bekommen, konservative, Nationalliberale und Freisinnige zu einem Block zusammenzuschließen. Dieser Block errang nach der Auflösung des Reichstags, die mit dem Verweigern von Mitteln für die Siedeherkunft motiviert wurde, bei den Neuwahlen den Sieg über Zentrum und Sozialdemokraten. Aber schon im Jahre 1908 zerbrach der Block an einer Steuerfrage. Die von der Regierung vorgeschlagene Erbschaftsteuer wurde in ihrer Ausdehnung auf Ehegatten und Kinder abgelehnt, der Kaiser ließ den Fürsten Bülow fallen, der am 14. Juli 1909 zurücktrat.

Fürst Bülow trat nach seinem Rücktritt lange Zeit hindurch politisch nicht mehr hervor, sondern lebte ausschließlich seinen wissenschaftlichen und künstlerischen Neigungen. Nach Ausbruch des Weltkrieges wurde Fürst Bülow im Dezember 1914 nach Rom geschickt, um das drohende Eingreifen Italiens in den Krieg zu verhindern. Die Jugoslawen, die Italien gemacht werden sollten, kamen aber zu spät, denn der Pakt mit Frankreich und England war bereits abgeschlossen. Nach dem Scheitern seiner italienischen Mission zog sich dann Fürst Bülow vollkommen in das Privatleben zurück. Er veröffentlichte u. a. ein Buch über die deutsche Politik, die er ja solange in hervorragender Stellung selbst geleitet hatte.

Wie der „Abend“ in seinem Nachruf für den Verstorbenen mittelst, soll Fürst Bülow gegen Ende des Krieges versucht haben, die Sozialdemokratie für sich zu interessieren. Durch seinen Vertreter habe er versichern lassen, daß er der richtige Mann für die Friedensverhandlungen sein würde dank seiner Beziehungen und seiner diplomatischen Kenntnisse. Der Versuch, wieder auf die politische Bühne zu treten, blieb aber erfolglos. Verheiratet war Fürst Bülow seit 1888 mit Maria Baccabelli di Bologna aus dem altitalienischen Geschlecht der Fürsten von Camporeale, die ihm nach langer glücklicher Ehe anfangs dieses Jahres im Tode voranging.

Die sterblichen Überreste des Fürsten Bülow werden in der Familiengruft in Klein-Flottbeck die letzte Ruhe finden.

Die Aussichten eines Kabinetts Daladiers.

* Paris. Der Vollzugsausschuß der Sozialistenpartei ist am Montag nachmittag im Palais Bourbon zusammengetreten, um zur politischen Lage Stellung zu nehmen. Daladier begab sich zu dieser Zusammenkunft, um sein Regierungsprogramm noch einmal vor den Sozialisten zu entwickeln. Doch ist die Unterstützung der übrigen Linkstruppen unbedingt notwendig, um eine lebensfähige Mehrheit zusammenzubringen. Erst recht bisher, daß sich zu den zwischen 121 und 180 schwankenden Radikalsocialisten bei der Annahme 101 Sozialisten, 12 Sozialrepublikaner und 18 Republikanische Sozialisten (Gruppe Briand) gesellen werden. Zu diesen etwa 250 Stimmen müssen aber noch mindestens 50 weitere kommen, die aus dem sogenannten linken Zentrum hervorgehen würden. Daladier hat Aussicht auf 15 Stimmen der unabhängigen Linken und 6 der unabhängigen sozialistischen Parlamentarier. Von den linksradikalen (Gruppe Douceur) dürften etwa 80 bereit sein, ein Linkskabinet zu unterstützen. Unter der Voraussetzung, daß die 17 Mitglieder der Gruppe Franklin Bouillon zur Opposition übergehen, hat Daladier immer noch die Aussicht, die Unterstützung der Linkstruppen zu finden, die Anhänger einer Friedenspolitik sind. In den Kreisen der Radikalsocialisten rechnet man daher damit, daß ein zukünftiges Kabinet Daladiers mit etwa 310 Stimmen eine geringe Mehrheit hinter sich haben wird.

Im politischen Kreise glaubt man aber nicht an eine lange Lebensdauer dieser Regierung. Man weiß schon jetzt Poincaré wieder am Ruder, da seine zweite Operation glänzend verlaufen ist und sein Gesundheitszustand so gute Fortschritte macht, daß die letzte seiner üblichen Genesung bis zum Anfang nächsten Jahres entgegesehen. Man nimmt daher an, daß das Parlament die Kartellregierung fürzen wird, so bald Poincaré die Regierungsbildung übernehmen kann.

Daladiers Regierungsprogramm.

* Paris. Das von Daladier im voraus festgesetzte Regierungsprogramm sieht als hauptsächlichste Punkte die

Der 9. November im Rechtsausschuß des tschechischen Landtages.

1) Dresden. Am Montag nachmittag setzte der Rechtsausschuß des Landtages die Beratungen über die Regierungsvorlage betr. 9. November fort. Die Oppositionsparteien führten zunächst lange Geschäftsordnungsdebatten. Ein Antrag auf Schluß der Debatte fand unter heftigem Widerstand der Linksparteien Annahme. Nun hielten die Ministerpräsidenten der SPD. und KPD. ihre Schlussworte, in denen sie wiederum in langen Ausführungen ihre Opposition zum Ausdruck brachten.

In später Abendstunde fand die Abstimmung statt. Die Anträge der Deutschnationalen und Nationalsozialisten fanden keine Mehrheit. Dagegen wurde die Regierungsvorlage gegen die SPD. und KPD. angenommen. Ein demotischer Antrag, wonach die Reichsregierung ersucht werden sollte, unter Aufhebung der Landesgesetzgebung einen einheitlichen nationalen Reichsfeiertag einzurichten, wurde mit den Stimmen der Linksparteien und der Deutschnationalen abgelehnt. Die Linksparteien hatten von Anfang an aus Oppositionsgründen schriftliche Berichterstattung beantragt. Danach wird heute Dienstag im Rechtsausschuß die Debatte der Berichte zur Vorlage 18 betr. Aufhebung des 9. November stattfinden. Dagegen leisteten die Oppositionsparteien heftigen Widerstand, um die rechtzeitige Durchführung des Gesetzes zu verhindern.

Reichstagung der Haus- und Grundbesitzer.

1) Der Reichsverband der Haus- und Grundbesitzervereine Deutschlands hielt am Sonntag eine Tagung in Halle ab. Das Ergebnis der Tagung war eine Entschließung, in der Aufhebung des Mieterschutzes für alle fordert, die über ein Einkommen von 5000 RM. und mehr verfügen. Das Gesetz soll bestehen bleiben für pensionierte Staatsbeamte, für Kriegsinvalide und Kriegserwitwen, die mittellos sind. Die Entschließung fordert weiter die Wiederherstellung der wirtschaftlichen Freiheit für den Hauseigentümer und selbstverantwortliche Verwaltung seines Besitzes nach kaufmännischem Recht. Für die Mieter wird Freizügigkeit in der Wahl der Wohnung gefordert. Weiter wird in der Entschließung scharf Stellung genommen gegen das weitere Vordringen des Abbaus der Wohnungswirtschaft.

Fortsetzung der Friedenspolitik durch die nach dem Sonntag getroffenen Abmachungen über die Rheinlandbesetzung, die Ratifizierung des Young-Planes und die sofortige Inangriffnahme einer tatkräftigen Abrüstungspolitik vor. Die Steuerentlastung soll etwa 1 1/2 Milliarden Franken betragen und durch Abschaffung oder Herabsetzung der Alkoholfsteuer, der Umsatzsteuer, der Luxus- und Reingewinnsteuer des Handels und der Industrie erreicht werden. 1 1/2 Milliarden Franken sollen für die Elektrifizierung der Dörfer und Gemeinden noch im Haushaltsjahr 1930 aufgewandt werden, während die Heeresausgaben wesentlich eingeschränkt werden. Auch die Einrichtung der Einheitschule ist eines der Hauptprobleme, während die Einrichtung eines Einheitsmonopols für Getreide bereits beschlossene Sache ist. Sämtliche politischen Verbände sollen durch eine Generalamnestie begnadigt werden. In sozialistischen Kreisen verheißt man sich die Tatsache nicht, daß Daladier noch ersten Schwierigkeiten begegnen wird, da zu einer Mehrheit auch die Unterstützung des rechten Flügels der Linksparteien notwendig ist. Während man auf die Mitarbeit der unabhängigen Linken mit Bestimmtheit rechnen kann, dürfte man bei der radikalen Linken und der republikanischen Linken noch großen Schwierigkeiten begegnen.

Die französischen Sozialrepublikaner lehnen die Zusammenarbeit mit den Sozialisten ab.

* Paris. Die Sozialrepublikanische Kammerfraktion hat gestern nachmittag eine Sitzung abgehalten, in der ein wichtiger Beschluß gefaßt wurde. Sie erklärt, daß sie willens sei, ein Ministerium mit sozialistischer Beteiligung nicht zu unterstützen und auch nicht mit ihm zusammenzuarbeiten, dagegen sei sie geneigt, mit dem künftigen Regierungschef in Verbindung zu treten, um mit ihm über das Programm und die Verteilung der Portefeuilles zu verhandeln, falls die Sozialisten nicht an der Regierung teilnehmen würden.

Die Räumung der zweiten Zone.

1) Koblenz. Das französische Armeekommando in Mainz hat dem Generaldelegierten der Reichswehrverwaltung auf Anfrage mitgeteilt, daß der Abtransport der zweiten Zone in der zweiten Besatzungszone folgenden Truppenteile usw. in nachstehender Reihenfolge vor sich gehen wird: Es werden zurückgezogen: aus Koblenz die Verwaltungsbürokratie, die Soldatenheime, die Offizierskasinos usw. des 30. Armeekorps und der 38. Infanteriedivision vom 22.-31. d. M.; die Stäbe des 30. Armeekorps und der 38. Infanteriedivision sowie der Rest des 93. Artillerieregiments vom 4.-9. November; das vom Infanterieregiment zurückgelassene Nachbataillon bis 30. 10. 29; aus Düren und Guskirchen das 15., 17. und 30. Alpenjägerbataillon vom 27. 10. bis etwa 25. 11. Die Gondarmeriestationen in Düren, Guskirchen, Koblenz, Ahrweiler, Cochem, Mayen, Andernach, Neuwied, Boppard, Oberlahnstein, Montabaur werden bis 25. 11. 29 aufgehoben. Die letzten Übergangskommandos werden bis 30. 11. abgerückt sein.

Jülich geräumt.

Jülich. Gestern verließen zusammen mit der Gondarmerie die belgischen Pioniere als letzte Besatzungstruppen Jülich. Die Truppen zogen mit Musik zur Bahn, wo sie nach Wochen verladen wurden. Nur zwei Offiziere sind noch zurückgeblieben zur Übergabe der Kasernen. Mit der Stadt Jülich ist der ganze Kreis Jülich frei geworden. Am Samstagabend, dem 30. November, soll eine große Befreiungsfestveranstaltung stattfinden.

Danktagung der Frau Strefemann.

1) Berlin. Die Gattin des verstorbenen Reichsaussenministers, Frau Käthe Strefemann, bittet um Veröffentlichung folgender Zeilen: Anlässlich des Hinscheidens meines geliebten Mannes, des Reichsministers Dr. Gustav Strefemann, sind mir aus weiten Kreisen des deutschen Volkes so zahlreiche Beweise liebevoller Anteilnahme zuteil geworden, daß ich nicht in der Lage bin, allen, die meiner gedachten haben, persönlich zu antworten, wie ich es gern möchte. Ich bitte deshalb auf diesem Wege denen danken zu dürfen, die mir und meinen Söhnen ihre Anteilnahme bezeugt haben.